

EBg Dr. Knauber führt zu verschiedenen Themen in Bezug auf die Gesamtschule aus:

Zum geplanten Teilstandort in Alfter berichtet er von einer gemeinsamen Ortsbegehung am möglichen Standort (ehem. Hauptschule Alfter) mit Vertretern der Schule und der Gemeinde Alfter.

Die Räumlichkeiten sind sehr gut geeignet und in einem guten baulichen Zustand, die Fachräume sind sanierungsbedürftig.

In der vergangenen Woche wurde ein gemeinsamer Schulentwicklungsplan für Alfter und Rheinbach zur Teilstandortthematik beauftragt. Das Anmeldeverfahren im Februar kommenden Jahres in Alfter wird zeigen, ob die erforderlichen Anmeldezahlen erreicht werden können. Eine 3-Zügigkeit ist auch aus pädagogischer Sicht in jedem Falle erforderlich.

Hinsichtlich einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis berichtet er aus seinem Gespräch mit der Bezirksregierung. Fast alle Kommunen würden dies begrüßen, eine Moderation soll durch den Rhein-Sieg-Kreis erfolgen.

Es soll aber zunächst die Entscheidung über den Teilstandort in Alfter abgewartet werden sowie der Schulentwicklungsplan zu dieser Thematik. Auch die Gemeinde Swisttal hat gerade einen neuen Schulentwicklungsplan erstellt, aus dem sich Erkenntnisse gewinnen lassen. Erst danach soll die Thematik einer überregionalen Planung weiter verfolgt werden, wobei dann noch zu klären ist, welche Kommunen hieran sinnvollerweise zu beteiligen sind.

Zur Resolution des Rates führt er folgendes aus:

Diese hatte zwei Ziele: Zum einen soll durch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit geschaffen werden, Schüler aus Kommunen mit einer Sekundarschule an ihre eigne Schule verweisen zu können. Zum zweiten sollen Kosten für auswärtige Schüler bei der Heimatkommune geltend gemacht werden können. Nach den ihm bisher vorliegenden Informationen hat der zweite Teil keine Aussicht auf Erfolg, dies sei durch die Schulpauschale und Zuschussmittel wie „Gute Schule 2020“ abgegolten.

Hinsichtlich der Bemühungen um eine Gesetzesänderung hatte er die Möglichkeit, dies bei einer Sitzung des Schulausschusses des Städte- und Gemeindebundes der Schulministerin vorzutragen, es wurde ein Beschluss in diesem Sinne gefasst, da auch andere Kommunen betroffen sind. Die Ministerin hat eine Prüfung zugesagt. Weiterhin hat es mehrere Telefonate mit dem zuständigen Staatssekretär gegeben, der ebenfalls eine Prüfung zugesagt hat. Das Ergebnis bleibt nun abzuwarten.

Zum Raumkonzept berichtet Herr Rösner, dass die Schulleitung der Verwaltung nun den entsprechenden Raumbedarf für eine 6-Zügigkeit mitgeteilt hat. Das mit der Bauausführung der Gesamtschule befasste Architekturbüro wird nun beauftragt, in einer Machbarkeitsstudie verschiedenen Alternativen zu beleuchten und mit Kosten zu hinterlegen. Die Kosten hierfür betragen 24.500,00€. In ca. 8 Wochen nach Auftragsvergabe ist mit ersten Vorergebnissen zu rechnen, die dann noch mit der Schulleitung etc. besprochen werden müssen. Ein Bericht kann dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 10.10.2018 vorgelegt werden.